Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit

Telefon: 0511 / 70 00 526 * Fax: 0511 / 161 25 03 * E-Mail: mail@bagsoz-stadt.de

BAG Soziale Stadtentwicklung - GWA e.V. * Stiftstr. 15 * 30159 Hannover

An die BAG-Mitglieder, Landesnetzwerke

und weitere Akteure der sozialen Stadtentwicklung

Kürzung der Städtebauförderung gefährdet die Erfolge der Sozialen Stadtentwicklungspolitik

Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. zur drohenden Kürzung der Städtebauförderung

1. Drohende Kürzung der Städtebauförderung:

Nachdem bereits im Programmjahr 2010 die Finanzmittel des Bundes für die Städtebauförderung pauschal um 10 Prozent auf 535 Mio. Euro gesenkt wurden, sollen die Haushaltsmittel im Programmjahr 2011 erneut gekürzt und damit auf 305 Mio. Euro reduziert werden. Dies bedeutet eine Reduzierung der Städtebauförderung um 50 Prozent im Vergleich zum Programmjahr 2009.

- Durch die Kürzung der Städtebauförderung geht den Kommunen die Planungsgrundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik verloren. Die Bewilligung neuer Projekte im Bereich der Städtebauförderung und bereits beantragte Mittel sind gefährdet.
- Durch die Kürzung der Städtebauförderung sind zusätzlich die entsprechende Komplementärfinanzierungen der Länder und der Kommunen sowie private Investitionen in Frage gestellt.
- Durch die Kürzung der Städtebauförderung wird vielen Kommunen der Handlungsspielraum für kommunale Entwicklungen genommen, die insbesondere Arbeitsmarkteffekte erzielen.

Aus Sicht der BAG muss die Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen auf hohen Niveau zur Sicherung der Investitionsfähigkeit in Städten und Gemeinden erhalten bleiben, um die Zukunftsaufgaben der sozialen Inklusion und des demografischen Wandels zu bewältigen.

2. Gefährdung des Programms „Soziale Stadt“:

Die Kürzung der Städtebauförderung wird sich besonders problematisch auf das Programm „Soziale Stadt“ auswirken. Äußerungen aus der Regierungskoalition verdeutlichen, dass die Stärke des Ansatzes der „Sozialen Stadt“ nicht allgemein anerkannt wird.[1]

[1] Der FDP-Bundestagsabgeordnete Patrick Döring äußerte sich beispielsweise in einer Haushaltsdebatte im März 2010 wie folgt: „Wir wollen uns darauf konzentrieren, mit dem Programm „Soziale Stadt“ Investitionsmaßnahmen zu finanzieren. Die Zeit der nichtinvestiven Maßnahmen, zum Beispiel zur Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund, ist vorbei (…)" (vgl. Protokoll der 29. Sitzung des Bundestages vom 16.03.2010, S. 2675). Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz machte laut Sächsischer Zeitung vom 19./20.6.2010 kritische Anmerkungen in dieser Hinsicht zum Programm „Soziale Stadt“ (s. Anhang).

- Die zweckgebundene Förderung in „Stadtgebieten mit besonderem sozialen und baulichen Entwicklungsbedarf“ ist gefährdet. Der innovative Ansatz baulich-investive Vorhaben mit sozial-integrativen Maßnahmen zu verbinden wird offen in Frage gestellt.

Aus Sicht der BAG muss die Schwerpunktsetzung der Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau“ mit ihrer Ausrichtung auf soziale und bauliche Stadtentwicklung und der Betonung der Zweckbindung für benachteiligte Quartiere erhalten bleiben. Die Vorrangigkeit der Förderung und Investitionen in sozial benachteiligte Quartiere muss, um der Entstehung und Verfestigung sozialer Brennpunkte entgegenzuwirken, grundsätzlich sogar mehr Nachdruck bekommen.

3. Gefährdung des integrierten Ansatzes und entsprechender Modellvorhaben:

Es ist zu befürchten, dass der fachlich anerkannte und auf integriertes und ressortübergreifendes Handeln ausgerichtete Ansatz, wie er besonders in den Modellvorhaben der „Sozialen Stadt“ ermöglicht wird, aufgegeben wird.

- Es droht, dass die Förderung von innovativen Modellvorhaben ganz aus der Förderung der „Sozialen-Stadt“ heraus genommen wird und die Möglichkeit zur Kofinanzierung von sozial-integrativen Projekten dadurch unmöglich wird.

Aus Sicht der BAG sind die fachlichen Vorgaben der Programme der Städtebauförderung („goldene Zügel“) unverzichtbar. Die Förderung von Modellvorhaben durch die Städtebauförderung muss weitergeführt werden und der integrierte Ansatz der „Sozialen Stadt“ muss weiter ausgebaut, verstetigt und verstärkt ressortübergreifend umgesetzt werden. Besonders der Ansatz der Modellvorhaben der „Sozialen Stadt“ ermöglicht die kleinteilige und gezielte Förderung benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den Quartieren, z.B. im Bereich der Arbeitsmarktintegration.

Was ist zu tun?

Aus Sicht der BAG bestehen auf der Quartiers-, Kommunal- und Landesebene verschiedene Möglichkeiten die drohenden Kürzungen und veränderten Schwerpunktsetzungen der Städtebauförderung zu beeinflussen:

- Es gilt auf Landes- und Kommunalebene über die drohenden Kürzungen und die möglichen Konsequenzen für die Quartiere der „Sozialen Stadt“ und gesamtstädtische Entwicklungsprozesse zu informieren.
- Im Hinblick auf die anstehenden parlamentarischen Beratungen und die Abstimmungen der Länder mit dem Bund gilt es, die örtlichen Abgeordneten (des Bundestages und der Länderparlamente) auf die Bedeutung der Ansätze einer sozialen Stadtentwicklungspolitik aus lokaler Sicht und die Folgen der Kürzungen hinzuweisen .
- Die BAG wird die Kürzung der Städtebauförderung und deren mögliche Auswirkungen auf die „Soziale Stadt“ zum thematischen Schwerpunkt des BAG-Netzwerktreffens am 24.09.10 in Erfurt machen. Das Netzwerktreffen soll den Stadtteilprojekten ein Forum bieten, um ihre Erfahrungen und Perspektiven aufzuzeigen. Die BAG wird zu diesem Treffen Mitglieder des Bundestags einladen, um mit diesen in eine Diskussion über die Zukunft der Sozialen Stadt zu treten.

Hannover/ Berlin, 26. August 2010